

«Auch die Schweiz könnte Daten-CDs kaufen»

Daten zu Steuersündern interessieren nicht nur Deutschland, sondern auch Schweizer Steuerämter, glaubt Wirtschaftsrechtswissenschaftler Peter V. Kunz. Auch gestohlene Daten könnten von den Behörden unter Umständen verwendet werden.

Ausländische Fahnder führen eine Razzia in deutschen CS-Filialen durch. Dasselbe ist auch schon in Italien passiert. Sind solche Razzien jetzt halt einfach an der Tagesordnung und nicht so schlimm?

Peter V. Kunz: An der Tagesordnung sind solche Razzien nicht wirklich. Und sie sind nach wie vor schlimm. Trotzdem wird man sich wohl ein Stück weit an solche Dinge gewöhnen müssen, solange sich die Schweizer Banken vertrauliche Daten stehlen lassen und ausländische Staaten bereit sind, diese zu kaufen und zu verwerten.

Aber betrifft mich das als Schweizer Bürger und Nichtbankler überhaupt? Ist das nicht ein deutsches Thema? Es geht ja um deutsche Steuerfluchtgelder. Diese Frage ist nicht unberechtigt. Ein Schweizer Kunde ohne Kontakt zu Deutschland ist vom Vorgehen der deutschen Behörden natürlich nicht direkt betroffen. Er muss nicht Angst haben, dass der deutsche Staatsanwalt gegen ihn ein Verfahren eröffnet. Auf der anderen Seite: Wenn solche Daten einmal im Umlauf sind, dann muss man nicht, was noch damit geschieht. Die Daten könnten ja durchaus auch in der Schweiz genutzt werden.

Sie meinen, auch ein Schweizer Steueramt könnte gestohlene Daten kaufen? Das ist nicht ausgeschlossen. Die juristische Situation ist in der Schweiz ähnlich wie in Deutschland: Es gibt kein

striktes Verwertungsverbot für gestohlene Daten. In Deutschland ist im Moment nicht ganz klar, ob gestohlene Daten verwertet werden dürfen. Viele Juristen sind der Ansicht: Ja, man darf sie verwerten. In der Schweiz ist nach meiner Einschätzung eine Verwertung gestohlener Daten juristisch nicht gänzlich ausgeschlossen. Es könnte also passieren, dass ein Schweizer Steueramt gestohlene Daten kauft und verwendet. Anders ist das in den USA und in England. Hier ist klar festgelegt, dass kriminell erlangte Informationen nicht verwertet werden dürfen.

Wieso lassen sich die Banken überhaupt brennende Daten stehlen? Die Banken waren bis anhin wohl etwas unvorsichtig gegenüber Mitarbeitern, die Zugang zu sensiblen Daten haben. Momentan arbeiten sie unter Hochdruck daran, die Daten technisch besser zu sichern. Noch wichtiger sind Zugriffsbeschränkungen: Die Banken werden in Zukunft weniger Mitarbeitern Zugriff auf sensible Daten geben.

Und dafür sorgen, dass sie bei einem Diebstahl wenigstens den Dieb kennen. Genau. Es geht darum, dass Banken, denen Daten gestohlen worden sind, verdächtige Personen identifizieren und Anzeige erstatten können. Wichtig ist vor allem die präventive Wirkung: Heute weiss ein Dieb, dass man ihn kaum erwischt und dass er für die Daten ein paar Millionen Euro be-

kommt, mit denen er sich viele Jahre auf den Bahamas den Bauch bräunen lassen kann. Die Banken aber wollen natürlich, dass sich potenzielle Diebe vor der Strafverfolgung fürchten.

Der deutsche Staat gewinnt in dieser Situation auf jeden Fall. Bis der Bundesgerichtshof allenfalls entscheidet, dass die Razzien oder der Kauf gestohlener Daten illegal sind, haben sich Tausende selbst angezeigt. Man hat einmal mehr



«Das ist keine Staatsaffäre, sondern ein Problem der Credit Suisse»

Peter V. Kunz

den Eindruck, dass die Rechtsprechung der Realität hinterherhinkt.

Das ist so, und das gehört zur Taktik der deutschen Strafverfolgungsbehörden. Selbst wenn diese wissen, dass ihr Verhalten juristisch heikel ist, können sie sich ausrechnen, dass sich die Aktion trotzdem lohnt. Wenn eine Person plötzlich einen Brief vom Staatsanwalt erhält, in dem steht: «Wir haben Ihre Unterlagen», wird sie mit hoher Wahrscheinlichkeit sofort nachgeben und versuchen, den Schaden für sich möglichst gering zu halten.

Der Rechtsstaat gibt also einfach dem Recht, der dreist ist.

Sehen Sie, auch wenn das zynisch klingt: Der Rechtsstaat wird oft überschätzt. Es ist allgemein so, dass oft derjenige belohnt wird, der einen Pro-

zess beginnt. Fünf Jahre prozessieren – das wollen die meisten Leute nicht und darum geben sie nach, auch wenn sie vielleicht recht hätten.

Was droht fehlbaren Mitarbeitern der Credit Suisse?

Ich kenne das deutsche Recht nicht im Detail. Soweit mir bekannt ist, ist das deutsche Steuerstrafrecht aber klar schärfer als das schweizerische. Sollten Angestellte aktiv Beihilfe zu Steuerdelikten geleistet haben, droht ihnen in Deutschland eine Gefängnisstrafe.

Und was droht der CS? Der Entzug der deutschen Banklizenz?

Im Moment ist das kein Thema, weil sich die Behörden auf die Angestellten konzentrieren. Sollte sich im Zuge der Ermittlungen aber ergeben, dass die CS ihre Angestellten systematisch aufgefordert hat, Kunden aktiv bei Steuerdelikten zu helfen, hätten nicht nur die Mitarbeiter, sondern auch die Bank selbst ein ernsthaftes Problem.

Nach den Peinlichkeiten und Fehlern von früher reagierte der Bundesrat diesmal gar nicht. Die richtige Strategie?

Absolut. Ich warne sehr davor, das Ganze zu einer Staatsaffäre aufzubauen. Es geht hier nicht um das Verhältnis Deutschland-Schweiz, sondern um das private Problem einer Schweizer Unternehmung in Deutschland. Der Bundesrat hat im Fall der UBS einen grossen Fehler gemacht, als er Angriffe auf die UBS als Angriffe auf die Schweiz interpretierte.

Wenn man ehrlich ist, muss man doch sagen: Die Schweiz hat keine Mittel gegen Deutschland. Wenn Politiker die Angriffe auf den Finanzplatz herunterspielen oder sogar sagen, Deutschland schiesse ein Eigentor, zeigt das doch nur die Machtlosigkeit der Schweiz.

Ja, das sehe ich auch so. Die Schweiz profitierte bisher Jahrzehnte lang davon, dass sie ein gutes Image hatte und dass alles ruhig war. Plötzlich wird sie nun gerade auch von befreundeten Ländern immer wieder unter Druck gesetzt. Der Politik bereitet es offensichtlich Mühe, damit umzugehen.

INTERVIEW: CHRISTIAN GÜRTNER

Peter V. Kunz ist Professor für Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Bern.

Deutschland hat noch keine Namen

DÜSSELDORF – Die am Mittwoch begonnene Razzia in den deutschen Filialen der Credit Suisse ist gestern fortgesetzt worden. Über Nacht wurden die Räume versiegelt. Ob ein dritter Tag nötig wird, liess Staatsanwalt Johannes Mocken gestern offen. Schon jetzt seien grosse Datenmengen beschlagnahmt worden.

Im Fokus der Razzia stehen CS-Mitarbeiter, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung geleistet haben sollen. «Noch haben wir zwar keine Namen von verdächtigten Bankangestellten», sagte Mocken. Er glaube aber, dass solche gefunden würden, da die Banken zur Aufbewahrung gewisser Daten verpflichtet seien. (sda)

WIRTSCHAFT

Novartis mit Gewinnsprung

BASEL – Der Pharmakonzern Novartis weist für das erste Halbjahr 2010 einen Gewinn von 5,385 Milliarden Dollar aus. Das sind 34 Prozent mehr als in der Vorjahresperiode – bei einem Umsatz von 23,847 Milliarden. Allerdings verlangsamte sich das Wachstum: Nachdem der Umsatz im ersten Quartal um ein Viertel gestiegen war, legte er von April bis Juni nur noch um 11 Prozent zu, wie Novartis gestern mitteilte. Damit lag er aber noch über den Erwartungen der Analysten.

SGS spürt den Aufschwung

GENÈVE – Der Warenprüf- und Inspektionskonzern SGS hat im ersten Halbjahr 2010 seinen Umsatz um 1 Prozent auf 2,35 Milliarden Franken gesteigert. Das Genfer Unternehmen schaffte das Umsatzplus, obwohl in Irland ein lukrativer Regierungsauftrag weggefallen ist. Sein Wachstum führt das Unternehmen mit weltweit fast 60'000 Angestellten hauptsächlich auf das sich schrittweise erholende wirtschaftliche Umfeld zurück. Vor allem im zweiten Quartal habe das Unternehmen davon profitiert, hiess es. Der Betriebsgewinn nahm um 6,1 Prozent auf 383 Millionen Franken zu, der Reingewinn stieg um 5,9 Prozent auf 270 Millionen. (sda)

ZAHL DES TAGES

4 500 000 000 000

Die Zerstörung natürlicher Ökosysteme und das damit einhergehende Artensterben könnte die Menschheit zwischen 2 und 4,5 Billionen Dollar jährlich kosten. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der Uno erstellte Studie, die gestern vorgestellt wurde. Obwohl die Zerstörung von ökologischen Lebensräumen und der Rückgang der Artenvielfalt bereits heute zu Ressourcengapen und erhöhten Kosten führe, sei der Erhalt der Biodiversität noch immer nur für wenige Unternehmen ein Thema. (sdp)



Mit ihrem Stresstest wollte die EU das Vertrauen der Märkte stärken. Miststöne kurz vor der Veröffentlichung der Resultate haben aber eine gegenteilige Wirkung. Archivbild: key

Die Beruhigungsspielle wirkt nur bedingt

Die anstehende Veröffentlichung der Resultate des «Stresstests» von 91 Banken in Europa sorgt auf den Märkten für Nervosität.

FRANKFURT – Eisenhart hatten sich die Staats- und Regierungschefs der EU bei ihrem Gipfel Anfang Juni gegeben. Restlos sollten die Ergebnisse des sogenannten Stresstests veröffentlicht werden, nachdem die Resistenz von knapp zwei Dritteln des EU-Banksektors durchgerechnet worden ist. «Wir waren sehr zufrieden, als das so entschieden wurde», lobte auch Jean Claude Trichet, der Präsident der Europäischen Zentralbank am vergangenen Donnerstag. Solche Daten könnten dazu beitragen, «dass die Märkte etwas besser funktionieren».

Doch vor der geplanten Veröffentlichung der Planspielergebnisse am Freitag kommender Woche gibt es schon wieder Unstimmigkeiten. Die detaillierten Ergebnisse einzelner Institute

und ihrer Töchter sollen erst mit zweiwöchiger Verspätung Anfang August veröffentlicht werden, wie der belgische Finanzminister und amtierende Ratsvorsitzende Didier Reynders diese Woche bekannt gab. Diese Ankündigung erweckt an den Märkten nicht gerade Vertrauen, das alle Banken die Reifeprüfung ihrer Widerstandsfähigkeit gegen eine neue Finanzkrise bestehen werden.

Viele offene Fragen

Dabei war der Stresstest als Beruhigungsspielle gegen nervöse Zuckungen des Finanzmarktes gemeint. Ziel war es zunächst, den Ruf der Banken Spaniens zu retten. Auf der iberischen Halbinsel haben die Sparkassen mit wackligen Immobilienkrediten zu kämpfen. Getestet wird jetzt EU-weit, ob die Banken ausreichend Kapital und Liquidität vorhalten, um für einen abrupten Abschwung gerüstet zu sein. Unterstellt wird ein Szenario, bei dem das europäische Wirtschaftswachstum über einen Zeitraum von zwei Jahren um drei Pro-

zentpunkte geringer ausfällt als von der EU-Kommission erwartet.

Die europäische Bankenaufsicht (CEBS) habe ansonsten viele Fragen offen gelassen, monierte die Wirtschaftszeitung Financial Times Deutschland. So habe die CEBS keine Angaben gemacht, wie die Widerstandskraft der einzelnen Banken gegen Staatspleiten ermittelt wird. Doch gerade die Resistenz der Finanzinstitute gegen einen Bankrott von Ländern wie Griechenland, Portugal oder Spanien sei für die Investoren der entscheidende Prüfstein. Die USA waren da konsequenter gewesen: Sie hatten rund zwei Wochen vor der Publikation der Resultate ihres Stresstests an 19 Banken ein umfangreiches Weissbuch vorgelegt, in dem die zugrunde liegenden Überlegungen und Annahmen genau dargelegt worden waren.

Bankenrettung in Vorbereitung

All diese Unwägbarkeiten halten am Kapitalmarkt die Skepsis aufrecht, statt neues Vertrauen in den Bankensektor

der Union zu schaffen. Zum Vertrauen trägt auch nicht bei, dass die EU-Kommission die Mitgliedsstaaten aufgefordert hat, sich auf eine etwaige Rettung von Banken vorzubereiten. Den Fahrplan hat kürzlich der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble noch mal zusammengefasst, der sich auch die «geordnete Rückführung» – sprich Insolvenzverfahren – für gestresste Banken vorstellen kann. Laut dem deutschen CDU-Politiker muss sich ein Institut in Schwierigkeiten selbst mehr Kapital besorgen, bei einem Misslingen solle der Staat und erst dann die «Zweckgesellschaft» einspringen. Letztendlich würden also die 450 Milliarden Euro, die zunächst für die Absicherung von vom Bankrott bedrohten Eurostaaten vorgesehen waren, bedrängten Banken zur Verfügung stehen. Der Luxemburger Zweckgesellschaft hat die Slowakei allerdings noch gar nicht zugestimmt. Für ein vielstimmiges Konzert der unterschiedlichen Interessen in Euroland scheint also weiterhin gesorgt.

LÜDLICH GLAUBER